

# Düsseldorfer Theater um die Koalitionskrise in NRW

Von Dietmar Köster

Der Ministerpräsident des Landes NRW, Peer Steinbrück, der erst Ende des vorigen Jahres die Nachfolge von Wolfgang Clement antrat und das Versprechen gab, die rot-grüne Koalition zu einem Erfolgsprojekt in NRW zu machen, und der SPD-Fraktionsvorsitzende, Edgar Moron, waren es leid: Sie wollten sich einfach nicht mehr mit ihrem Koalitionspartner ärgern müssen, der aus ihrer Sicht bei wegweisenden Projekten, wie dem Metrorapid oder dem Straßen- und dem Flughafenbau auf der „Bremse steht“. Die Koalition müsse einen Klärungsprozess für die nächsten Aufgaben bis zu den Landtagwahlen im Jahre 2005 herbeiführen. Das Ergebnis könne durchaus darin bestehen, dass die SPD zum Regieren einen neuen Koalitionspartner braucht. Mehr widerwillig als überzeugt, ließen sich der Landesvorsitzende, Harald Schartau und sein Generalsekretär, Michael Groschek, auf dieses Unterfangen ein.

## Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln

Es bestand nur ein Problem, das sie nicht genügend bedacht hatten: Sie mussten sowohl in der Partei als auch in der Öffentlichkeit überzeugend begründen können, warum es mit dem Koalitionspartner die Grünen nicht weiterging und warum es zum Beispiel mit einer FDP besser gehen könnte. Beides misslang völlig! Die schwachen Argumente lauteten: Es handele sich um einen „Ermüdungsbruch“, es stünden schwierige Verhandlungen für den nächsten Sparhaushalt an, Autobahnen und der Flughafen in Dortmund müssten ausgebaut werden, die Grünen würden beim Metrorapid ein doppeltes Spiel betreiben, indem sie sich im Koalitionsvertrag zur Magnetbahn bekennen, aber gleichzeitig in den regionalen Kreisverbänden dagegen den Protest organisieren etc. Kurzum: Die Grünen ständen einer dynamischen Entfesselung der Marktkräfte entgegen. Es wundert schon, dass man glaubte, hiermit durchkommen zu können. Mehr als ungläubiges Kopfschütteln konnte damit nicht erreicht werden.

Die wirklichen Beweggründe der Verantwortlichen für diese bald zweimonatige Koalitionskrise bleiben wahrscheinlich un-

geklärt. Sie sind auch nicht so wichtig. Wichtig ist, dass die SPD in NRW seit mehr als dreißigjähriger Regierungszeit vor ihrer größten Herausforderung steht. Ihre Umfragewerte erreichen mit ca. 33% historische Tiefstwerte, die Zahl ihrer Mitglieder ist im ersten halben Jahr um etwa 10.000 auf unter 180.000 gesunken.

## Unbewältigter Strukturwandel

Die Probleme des Landes sind riesig. Der Strukturwandel besonders der Krisenregion des Ruhrgebietes ist nach wie vor nicht abgeschlossen. Das historische Verdienst der NRWSPD ist, in korporatistischen Vereinbarungen mit Konzernen und Gewerkschaften in den 70er und 80er Jahren beim Abbau der Arbeitsplätze weitestgehend sozial verträgliche Lösungen für die Beschäftigten der Montanindustrie zu finden und Impulse für eine Strukturpolitik zu setzen. Der vergleichende Blick der ökonomischen Verwerfungen in anderen Krisenregionen Europas wie nach Frankreich oder England zeigt, dass in NRW schlimmeres vermieden wurde. Doch ein zentrales Problem bestand darin, dass diese Strukturpolitik nie durch eine makroökonomische Politik für mehr Beschäftigung und Wachstum begleitet wurde.

So hat NRW eine Arbeitslosigkeit von fast 900.000 Menschen aufzuweisen und erreicht, wie z.B. in Gelsenkirchen, Höhen, wie sie in den ostdeutschen Bundesländern üblich sind. Weitere Probleme kamen hinzu: Die landeseigene WestLB geriet bei diversen gescheiterten Finanzierungsprojekten in eine Schieflage und hatte Verluste von gut drei Milliarden Euro. Die Projekt-Ruhr GmbH, von Clement einst als Gegenstück zum Kommunalverband Ruhr, der als zu behäbig galt, aus der Taufe gehoben, geriet durch Prüfungen des Landesrechnungshofs in die öffentliche Kritik. Schließlich werden die haushaltspolitischen Spielräume immer enger.

Für diese Entwicklung konnten kaum die Grünen verantwortlich gemacht werden. In den Unterbezirken der Partei herrschte kein Verständnis dafür, die Koalition infrage zu stellen, obwohl klar war, dass einige Probleme geklärt werden müssen. So kritisierten die Delegierten auf dem Landes-



parteitag am 14. Juni das Vorgehen der Parteispitze, ohne allerdings so weit zu gehen, den Ministerpräsidenten zu beschädigen. Aber nach dem Landesparteitag war klar, eine Koalition mit der FDP wird in der Partei keine Zustimmung finden. Man verständigte sich darauf, den Parteitag zu unterbrechen und am 6. Juli fortzusetzen, um die Ergebnisse der Verhandlungen zu bewerten. Als einige Tage später der Ministerpräsident noch bekannt geben musste, dass der Metrorapid finanziell „nicht darstellbar“ sei und aufzugeben war, gab es keinen Zweifel mehr, dass ein Bruch der rot-grünen Koalition nicht mehr durchsetzbar war.

## Das „Düsseldorfer Signal“

Im „Düsseldorfer Signal“ haben sich die Regierungspartner ein Arbeitsprogramm für die Zeit bis zu den Landtagwahlen gegeben, das auf dem Landesparteitag mit übergroßer Mehrheit begrüßt wurde. In dem neuen „Koalitionsvertrag“ sucht man vergeblich nach den essentiellen Punkten, die die Koalitionskrise auch im nachhinein plausibel erscheinen lassen. Bei den symbolträchtigen Themen Metrorapid und der verringerten Steinkohleförderung schienen in der Öffentlichkeit die Grünen eher als Punktsieger. So bleibt als erstes ernüchterndes Ergebnis: Mit der Fortsetzung der rot-grünen Koalition bleibt zumindest die Hoffnung, Spielräume für eine soziale und ökologische Politik in NRW zu erhalten. Zugleich ist damit vorerst der Versuch gescheitert, die Partei in NRW stärker nach rechts zu rücken. Das ist das Positive. Das Negative folgt auf dem Fuß: Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung kann kaum von sich behaupten, aus diesem Konflikt gestärkt hervorgegangen zu sein.

## Was sind die Perspektiven?

Der SPD stehen schwierige Zeiten bevor. Das wurde schon vor der Halle des letzten

Landesparteitag deutlich. Demonstrierende Arbeitnehmer aus dem öffentlichen Dienst brachten mit lautstarkem Protest ihren Unmut zum Ausdruck, indem sie die Delegierten mit ohrenbetäubendem Lärm ihrer Trillerpfeifen empfingen. Ihre Forderungen richteten sich gegen die im Düsseldorfer Signal vereinbarte Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf teilweise 41 Stunden, die Streichung des Urlaubsgeldes und die Kürzungen des Weihnachtsgeldes. Auf dem Landesparteitag wurde diese Kritik auch aufgegriffen, wurde aber schließlich dadurch überlagert, dass die Partei froh war, die rot-grüne Koalition fortsetzen zu können.

Dies verdeutlicht, dass es auch in NRW, besonders in dem Zusammenhang mit dem angekündigten Sparhaushalt, im Herbst zu größeren sozialen Auseinandersetzungen kommen wird. Je mehr die SPD sich dabei darauf einlassen wird, soziale Einschnitte vorzunehmen, die ihre Stammwähler betreffen, um so weniger wird es ihr gelingen, aus dem Stimmungstief herauszukommen. So lehnen nach einer Umfrage von Allensbach (FAZ vom 18.6.2003) 58 Prozent der Bezieher unterdurchschnittlicher Einkommen die Agenda 2010 ab. Diejenigen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder unterdurchschnittlich verdienen, sehen kommende Reformen mit großer Sorge entgegen. Nur Minderheiten sind der Auffassung, dass diese Maßnahmen die Arbeitslosigkeit senken werden. Sollte die Botschaft der SPD in den nächsten Jahren sein, dass sie ihr Ziel aufgibt, die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern und sie stattdessen für weniger soziale Leistungen, Entlastungen für Unternehmen sowie längere Arbeitszeiten und geringere Entgelte für die Beschäftigten steht, werden im SPD-Stammland NRW die Kommunalwahlen im nächsten Jahr genauso verloren wie die Landtagswahlen 2005. Es ist klar, dass dies nicht ohne Auswirkungen auf die Bundespolitik bleiben wird. Eine bis dahin mögliche Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat des politischen Gegners würde das definitive Ende der sozialdemokratischen Bundesregierung bedeuten.

In dem Regierungskonflikt ist aber auch deutlich geworden, dass die SPD es bislang nicht geschafft hat, ihre Zukunftskompetenz für das Land NRW unter Beweis zu stellen. Ansätze sind im Düsseldorfer Signal zum Beispiel für die Bereiche der Schulpolitik und der Verkehrspolitik vorhanden. In der Schulpolitik wird der zügige Ausbau der Offenen Ganztagschule im Primarbereich vorangetrieben. Ebenso sollen eine verlässliche Unterrichtsversorgung wie die Instandhaltung der Schulgebäude gesichert werden. Die Metro-S-Bahn, als Ersatz für den gestrichenen Metrorapid, zwischen Dortmund und Köln ist ein sinnvolles Infrastrukturprojekt. Hier ist darauf zu drängen, dass die Finanzausgaben des Bundes eingehalten

werden. Auch die Verringerung von fünf auf drei Regierungsbezirken kann bei den Mittelinstanzen zu einer sinnvollen Entbürokratisierung führen.

### Händeringend gesucht: das neue Profil der SPD

Aber schon die Aufzählung dieser Einzelvorhaben verdeutlicht das Grundproblem sozialdemokratischer Politik nicht nur in NRW. Es gibt keine übergreifende gesellschaftspolitische Alternative, die den Weg zeigt, den die SPD in Zukunft gehen will: Den des abgemilderten Neoliberalismus, der aber mittlerweile seit der Agenda 2010 eine neue Qualität erreicht hat und ganz bewusst den Ausschluss ausgegrenzter sozialer Gruppen einschließt und Vermögende und große Kapitalgesellschaften aus ihrer sozialen Verantwortung zunehmend entlässt. Oder den Weg zu einer solidarischen Gesellschaft, in der dem Einzelnen neue Freiheitsspielräume ermöglicht werden, die jenseits der Privatisierungs- und sozialer Risiken liegen.

In diese Debatte wird die SPD-Linke NRW eingreifen, die auf ihrem ersten Treffen im Mai mit etwa 120 Interessierten eine große Resonanz fand. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass sich die gesellschaftliche Entwicklung zu einer neuen Bruchsituation verdichtet, in der die Gefahr einer weiteren Entzivilisierung des Kapitalismus besteht. Die hohe Verunsicherung in der SPD und in der gesamten Bevölkerung über die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist aber auch ein Anzeichen für eine Hegemoniekrise zwischen politischen und ökonomischen Eliten mit großen Teilen der Bevölkerung. So können die Chancen für ein alternatives Politikmodell steigen.

Die Eckpunkte sind klar: Es muss gelingen, die langfristige Sanierung der öffentlichen

Haushaltes mittels einer Wachstumspolitik zu erreichen. Der Sparwahn wird die Abwärtsspirale beim Abbau sozialer und demokratischer Arbeitnehmerrechte nur fortsetzen. Dabei ist vor allem darauf hinzuweisen, dass der gesellschaftliche Reichtum in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist, und ein handlungsfähiger Staat auf verlässliche Einnahmen angewiesen ist. Hier darf die Linke nicht in die Falle gehen, Verteilungsfragen des gesellschaftlichen Reichtums als Anachronismus zu betrachten. In der Beschäftigungspolitik muss endlich ein öffentliches Investitionsprogramm realisiert werden. Die sozialen Versicherungssysteme sind in Richtung einer allgemeinen Bürgerversicherung zu reformieren.

Es wird eine schwierige Aufgabe sein, in der NRW-SPD die notwendige Unterstützung zu finden. Aber angesichts einer ratlosen Politik in NRW, die sich zwischen orientierungslosem Pragmatismus und technokratischer Moderne bewegt, immer dringender. Die programmatische und ideologische Entkernung der Partei ist in NRW weit fortgeschritten. Damit verliert sie ihre eigene Antriebskraft für Gestaltung und Engagement. Wenn Probleme angeblich nur noch sachgemäß zu lösen sind, weiß keiner mehr, warum es eine SPD-geführte Regierung geben soll. Straßenausbau und Verringerung der Anzahl von Regierungsbezirken sind kaum als spezifisch sozialdemokratisches Profil zu beschreiben. Die Erkenntnis, dem entgegenzuwirken, ist in der Parteiführung in NRW nur gering vorhanden. Damit droht der Verlust von Gestaltungsfähigkeit. Die Partei wird mehr von gesellschaftlichen Entwicklungen getrieben, als dass sie eine überzeugende Reformperspektive aufweist.

Forum DL21

## Seit 25 Jahren

spw

spw lädt alle LeserInnen zur Jubiläumsfeier ein.

Am **25. Oktober 2003** diskutieren spw-AutorInnen von gestern, heute und morgen über drei Leitfragen radikal-reformerischer Politik im 21. Jahrhundert:

Anders Arbeiten, anders Leben – ist die Gestaltung der Ökonomie obsolet?

Friedensmacht Europa – gibt es eine geopolitische Alternative zur US-Hegemonie?

Vorwärts, Rückwärts, Seitwärts – der alte und neue Weg der SPD?

Tagungsort: Willy-Brandt-Haus, Berlin. Beginn ca. 13.00 Uhr

Anmeldungen und Infos bei:  
 25jahre@spw.de

... wissen, was  
 die SPD-Linke diskutiert!